

Liebe Leserinnen und Leser,

Union und SPD haben sich auf eine Koalitionsvereinbarung zur Finanztransaktionssteuer geeinigt: "Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umsetzen". Nach allem, was bisher bekannt ist, orientiert sich der genaue Wortlaut stark an der Vereinbarung von Union, FDP, SPD und Grünen zum Fiskalpakt vom Juni 2012 ([hier](#) nochmal nachzulesen): Die Steuer muss zusammen mit anderen europäischen Staaten eingeführt werden. Negative Folgen für Altersvorsorge, Kleinanleger und Realwirtschaft sollen vermieden und zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückgedrängt werden.

Die Vereinbarung ist ein positives Signal für die zuletzt ins Stocken geratenen Verhandlungen auf europäischer Ebene. Allerdings gibt es bisher keine Koalitionsvereinbarung darüber, wozu die Einnahmen verwendet werden sollen. Noch-Finanzminister Schäuble hat darauf hingewiesen, dass die Koalition kaum Spielraum für neue Ausgaben haben wird. Wir erwarten aber, dass ein großer Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer gemäß unserer Kampagnenforderungen für Entwicklungs- und Umweltschutzbelaenge verwendet werden. Als Mitgliedsorganisationen von "Steuer gegen Armut" haben sich die SPD und die Arbeitnehmerorganisationen von CDU und CSU dazu auch verpflichtet. Das müssen wir nun einfordern.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

## **Entwicklungen im Inland:**

30. Oktober: [CARE Deutschland](#) nennt es nicht hinnehmbar wenn die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer überwiegend zur Konsolidierung des Staatshaushaltes anstatt zur Armutsbekämpfung verwendet würden.

30. Oktober: Die Schutzklausel für Kleinanleger wurde laut Handelsblatt (Print-Ausgabe) erst nachträglich von der von Finanzminister Wolfgang Schäuble und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz geleiteten Arbeitsgruppe Finanzen in die von der der Unterarbeitsgruppe Europa entworfene Koalitionsvereinbarung zur Finanztransaktionssteuer eingefügt.

29. Oktober: [Axel Troost](#), finanzpolitischer Sprecher der Linken, erwartet vom neuen deutschen Finanzminister einen neuen Impuls, um seinen französischen Amtskollegen und die anderen Regierungen Europas wieder auf eine breite europäische Finanztransaktionssteuer einzuschwören.

28. Oktober: Die [Unterhändler von Union und SPD](#) einigen sich in den Koalitionsverhandlungen darauf, eine europäische Finanztransaktionssteuer anzustreben.

24. Oktober: Die [Bundesregierung](#) nimmt Stellung zur Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer und rät, die Klage abzuweisen.

24. Oktober: Der [Wirtschaftsflügel der Union](#) lehnt eine nicht-europaweite Finanztransaktionssteuer ab.

21. Oktober: [Carsten Schneider](#), haushaltspolitischer Sprecher der SPD, will die Finanztransaktionssteuer zur Bedingung für die Zustimmung zur Bankenunion machen.
20. Oktober: Der [SPD-Parteikonvent](#) macht die Finanztransaktionssteuer zur Bedingung für eine Koalition mit der Union. Die SPD will auch die "Verpflichtungen im Bereich Entwicklung und Klimaschutz" beachten.
14. Oktober: Die [Union](#) stellt für Koalitionsverhandlungen das Festhalten an der Finanztransaktionssteuer in Aussicht.
9. Oktober: Laut [Umfrage von Emnid](#) wollen 64 % der Bundesbürger, dass die neue Bundesregierung die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für weltweite Armutsbekämpfung und Klimaschutz einsetzt
6. Oktober: Laut [Wissenschaftlichem Dienst des Bundestags](#) hat die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer keine Aussicht auf Erfolg.
6. Oktober: Noch-Bundesfinanzminister [Schäuble](#) lehnt einen nationalen Alleingang bei der Finanztransaktionssteuer ab.

### **Entwicklungen im Ausland:**

28. Oktober: Frankreichs Zentralbankpräsident [Christian Noyer](#) sieht in der geplanten Finanztransaktionssteuer den französischen Finanzplatz massiv bedroht und fordert eine komplette Überarbeitung des Kommissionsentwurfs.
27. Oktober: [Wallace Turbeville](#), früherer Trader von Goldman Sachs, hält die Finanztransaktionssteuer für eine gute Maßnahme gegen ausufernde Finanzialisierung.
16. Oktober: Die [französische Regierung](#) ist dagegen, die nationale Mini-Finanztransaktionssteuer auch auf den untertägigen Handel zu erheben.
15. Oktober: Die [österreichische Bundesregierung](#) wird sich vehement auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Finanztransaktionssteuer im Jahr 2014 umgesetzt wird. Für 2014 plant sie mit 500 Millionen Euro Einnahmen.
2. Oktober: [Diözesanrat und die Kommission Justitia et Pax](#) fordern in Luxemburg einen Finanzplatz, an dem nicht die Rendite das Sagen hat und eine dortige Finanztransaktionssteuer.

### **Neue Studien und Stellungnahmen**

#### **Daniela Gabor: A step too far? The European Financial Transactions Tax and Shadow Banking**

Das Papier von Daniela Gabor (Universität Bristol) widmet sich zwei besonderen Aspekten der Finanztransaktionssteuer: Wie konnten die Vorschläge zur Finanztransaktionssteuer immer radikaler werden, während wissenschaftliche Untersuchungen auf das Gegenteil hinausliefen? Warum hat sich der Widerstand gegen die Finanztransaktionssteuer am intransparenten Repo-Markt aufgehängt? Regierungen können der Studie zufolge kaum Einfluss auf Repo-Praktiken ausüben, die aber wiederum starken Einfluss auf die Märkte für Staatsanleihen und andere Vermögenstitel haben. In Krisenzeiten neigen Regierungen daher zu Maßnahmen wie der Finanztransaktionssteuer, mit denen sie mehr

Kontrolle erlangen können. In ruhigeren Zeiten kann es aber leicht geschehen, dass die Regulierer sich von solchen Maßnahmen wieder distanzieren.

Zur Studie:

<http://robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/The%20European%20Financial%20Transactions%20Tax%20and%20Shadow%20Banking.pdf>

## Kampagnenaktivitäten

### Offener Brief an die Unterhändler des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD

Die Kampagne hat am 30.10. folgenden offenen Brief an die am Koalitionsvertrag beteiligten Parteien geschickt:

*Die Kampagne "Steuer gegen Armut" begrüßt die schnelle Einigung auf eine breite Finanztransaktionssteuer in den laufenden Koalitionsverhandlungen. Eine breite Steuerbasis und niedrige Steuersätze nach der Vorlage des Direktiventwurfs der Europäischen Kommission gewährleisten, dass negative Auswirkungen für die Sparer und die Realwirtschaft vermieden und zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückgedrängt werden.*

*Um eine rasche Implementierung - spätestens 2014 - zu ermöglichen, muss die neue Bundesregierung sich auch in bilateralen Kontakten bemühen, die Partner von dem Richtlinienvorschlag der Kommission zu überzeugen.*

*Die Kampagne will nicht nur eine Finanztransaktionssteuer. Sie möchte vielmehr, dass Sie in Europa eine Steuer gegen Armut durchsetzen. Darum gehört die Mittelverwendung zu je einem Drittel für*

- (a) die Bekämpfung internationaler,*
- (b) nationaler Armut sowie*
- (c) den Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität*

*zu unseren Forderungen.*

*SPD, CDA, CSA und der CSU-Kreisverband Nürnberg-Fürth-Schwabach sind Mitglieder unserer Kampagne, auch haben fast 20 Kommunen unsere Kampagnenforderungen schon unterstützt.*

*Zusammen haben wir schon sehr viel erreicht. Nun kommt es darauf an, alle unsere gemeinsamen Forderungen umzusetzen. Deshalb erwarten wir Ihr entsprechendes Engagement bei den kommenden Haushaltsplanungen nicht nur auf der Einnahmen- sondern auch auf der Ausgabenseite.*

*In der Hoffnung, auch die von uns geforderte Mittelverwendung in dem Koalitionsvertrag wiederzufinden - gerne sind wir zu einem Gespräch mit Ihnen bereit - verbleibe ich im Namen unserer Steuerungsgruppe*

*Detlev v. Larcher*  
*(Moderator der Kampagne Steuer gegen Armut)*

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org) und auf [Facebook](#).

*Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.*